Der Abstimmungskampf in Westpreußen im Jahre 1919 und 1920

GEDENK REDE

gehalten im Rundfunk zu Königsberg am neunten Erinnerungstage der Abstimmung (11. Juli 1929)

Der Abstimmungskampf in Westpreußen im Jahre 1919 und 1920

Gedenkrede gehalten im Rundfunk Königsberg am neunten Erinnerungstage der Abstimmung (11. Juli 1929) von Dr. Albrecht von Holtum, 1920 Leiter der deutschen Abstimmungsvorbereitung im westpreußischen Abstimmungsgebiet (Marienwerder).

Leider ist die Geschichte der Abstimmung in Westpreußen 1919—1920 von unbeteiligter Seite noch nicht geschrieben. Hoffentlich geschieht dies noch bis zum zehnten Jahrestage der Abstimmung, den wir heute in einem Jahr begehen werden.

Durch meine Tätigkeit beim Generalkommando Danzig und Parlamentarischen Aktions-Ausschuß, Danzig, stand ich vom Sommer 1919 ab in Verbindung zur westpreußischen Abstimmungsvorbereitung. Ende Dezember 1919 übernahm ich die Abstimmungsleitung

im Abstimmungsgebiet.

Schon im Sommer 1919 war einigen Führern dieser Bewegung klar, daß drei Teile im westpreußischen Abstimmungsgebiet besonders gefährdet seien. Der Nordwestecke des Kreises Marienwerder, dem Zipfel bei Bischofswerder, dem großen Mittelpunkt im Kreise Stuhm, hatten wir besondere Beachtung zu schenken. Entscheidend für den Abstimmungskampf war der Ausgang im Kreise Stuhm. Hätten die Polen hier 45 Prozent der Bevölkerung auf ihre Seite gebracht, dann bestand die große Gefahr, daß uns das ganze Gebiet verloren ging. Bei der damaligen Auffassung unserer Kriegsgegner wäre selbst eine große Minderheit der Polen im Mittelpunkt des Abstimmungsgebietes für uns außerordentlich gefährlich gewesen.

Trotz der Proteste der Bevölkerung schrieb der Vertrag von Versailles vor, daß eine Volksabstimmung in einem Teil von Westpreußen zu erfolgen habe. Es handelte sich um die Kreise Stuhm und Rosenberg, den Teil des Kreises Marienwerder, der rechts der Weichsel lag, und den Teil des Kreises Marienburg, der rechts der Nogat blieb. Also wenigstens in einem Teil von Westpreußen sollte die Bevölkerung nicht einfach verschoben werden wie Schachfiguren, ohne daß man sie fragte. Dem größten Teil der westpreußischen Bevölkerung räumte man dies Menschenrecht, das die Bevölkerung

nach Wilsons Worten erhoffen mußte, leider nicht ein.

Die Polen hatten bestimmt erwartet, das westpreußische Abstimmungsgebiet zu erhalten. Wegen der großen Bahnlinien Warschau—Dt.-Eylau—Marienburg—Danzig und Graudenz—Stuhm—Marienburg—Danzig legten sie besonders großen Wert auf dieses Gebiet. Da sie bestimmt mit dem Zufall an die polnische Republik rechneten, ließen sie sich das reindeutsche Soldauer Gebiet, das auch an der Bahnstrecke Warschau—Danzig lag, ohne Volksabstimmung geben. Daß sie dies Soldauer Gebiet durch eine Abstimmung nicht erhalten würden, wußten sie bestimmt. Ueber das westpreußische Abstimmungsgebiet dachten die Polen anders, deshalb ließen sie sich

für das Gebiet Marienwerder auf die Abstimmung ein, als sie es auf andere Weise nicht bekommen konnten.

Das westpreußische Abstimmungsgebiet hat eine Größe von 248 142 Hektar. Es zählte rund 165 000 Einwohner. Die Zahl der Ortschaften war 590. Die größeren Orte waren: Marienwerder, Marienburg, Stuhm, Dt.-Eylau, Riesenburg, Rosenberg, Christburg, Freystadt, Garnsee und Bischofswerder.

Der wirtschaftliche Wert dieses Gebietes war außerordentlich hoch. Unschätzbar war die ideelle Bedeutung gerade dieses Gebiets für das Deutschtum.

Nach der Muttersprache waren im ganzen Gebiet rund 85 Prozent Deutsche und 15 Prozent Polen. Im Kreise Stuhm war das Verhältnis rund 55 Prozent Deutsche zu 45 Prozent Polen. So sagte die deutsche Volkszählung von 1910.

Der Kopf der deutschen westpreußischen Abstimmungsorganisation war Dr. Paul Fleischer, Mitglied der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar. Mit Julius Gehl-Danzig und Dr. von Scheubner-Richter hat er im Frühjahr 1919 als Beauftragter des Parlamentarischen Aktionsausschusses, Danzig die Abstimmungsbewegung in Westpreußen organisiert und die Leitung von Berlin aus gehabt. In schwierigen Zeiten kam Dr. Fleischer in das Abstimmungsgebiet, um die Abstimmungsorganisation, die Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien, von rechts bis links zusammenzuhalten und Richtlinien für den weiteren Kampf zu geben. Sein Vertreter in Berlin war Dr. Riegler.

Im Abstimmungsgebiet war die Trägerin der Abstimmungsvorbereitung die Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien. Die Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaften, in Marienburg Dr. Wiegel, in Stuhm Dr. Richter, in Marienwerder Wingendorf dorf und in Dt.-Eylau Calmbach, besprachen in gemeinsamer Sitzung mit den Führern der verschiedenen politischen Parteien alle Abstimmungsfragen. Die Propaganda an sich wurde von den Parteien gesondert durchgeführt. Die technische Vorbereitung der Abstimmung wurde von den Arbeitsgemeinschaften, d. h. ihren Geschäftsführern, mit den deutschen Vertrauensleuten erledigt. Die Zentrale der Arbeitsgemeinschaften, später Deutscher Ausschuß für Westpreußen, war zuerst in Marienburg, später in Marienwerder. Der Leiter war bis Ende Dezember 1919 Dr. Wiegel.

Zur Sammlung der Abstimmungsberechtigten, die nicht mehr im Abstimmungsgebiet wohnten, bestand eine besondere Organisation, zunächst innerhalb der Zentralstelle der Arbeitsgemeinschaften, später — sie mußte dem möglichen Zugriff der fremden Truppen entzogen werden — in Elbing. Der Leiter war Dr. Wilhelm von Kries. Zu seiner Unterstützung bestanden im ganzen Reiche Westpreußenvereine. Da der Schutzbund in Berlin den Bahntransport dieser Abstimmungsberechtigten in das Abstimmungsgebiet durchführte, war dort eine Vertretung dieser Elbinger Stelle. Ihr Leiter war Deschner.

Neben den Arbeitsgemeinschaften bestand 1919 im kleinen Marienburger Werder unter Pfarrer Lawin ein Rest des Volksrates, der bis auf den Netzegau und Danzig fast ganz eingeschlafen war. In der Stadt Marienburg gab es außerdem unter Oberstleutnant von der Oelsnitz einen Heimatdienst. Beide Organisationen spielten im Sommer 1919 keine Rolle. In diesem Sommer stellte ich fest, daß diese Organisationen sich gegenseitig bekämpften. lebten sie in Fehde mit der Marienburger Arbeitsgemeinschaft. Da dies nicht ging, und da es zweckmäßig erschien, im Abstimmungsgebiet eine zweite Organisation zu haben, um gegenüber Ueberraschungen durch die Besatzungsmacht gesichert zu sein, sorgte ich mit Dr. von Scheubner-Richter dafür, daß sich diese Organisationen zusammenschlossen. Lehrer Götz wurde ihr Leiter. Die Aufgabe dieses Westpreußischen Heimatdienstes und Volksrates war es, kulturelle Propaganda bei der deutschen Bevölkerung zu Sie tat dies, gestützt auf einige Dutzend Heimatvereine und viele Vertrauensleute.

Wie mußte nun die deutsche Propaganda der Arbeitsgemeinschaften sein? Wie schon gesagt, lag der Schwerpunkt der Gefahr im Kreise Stuhm. Hier hätten die Polen in einer Anzahl von Gemeinden mehr als 50 Prozent der Abstimmungsberechtigten auf ihre Seite bringen können, allein schon, wenn alle Polen ihre Stimme gegen Ostpreußen, gegen das Verbleiben bei Deutschland abgegeben hätten. Welche große Gefahr für das ganze Abstimmungsgebiet Marienwerder darin lag, habe ich gesagt. Es mußten also Polen dazu gebracht werden, für Deutschland zu stimmen, wenn man die Abstimmung sicher gewinnen wollte. Wer war nun zu gewinnen? Zunächst der Teil der polnischen Katholiken, der durch seine Zugehörigkeit zum Zentrum dem Deutschtum näher gebracht war und wußte, daß auch in Deutschland Katholiken leben können. Die polnischen Agitatoren bestritten dies und sagten, Deutschland sei gleich Protestantismus! Weiterhin war der Teil der polnischen Abstimmungsberechtigten zu gewinnen, der durch seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie dem polnischen Nationalismus entfremdet war. Hier handelte es sich besonders um Landarbeiter. Diese beiden polnischen Gruppen mußten gewonnen werden, durch das Zentrum und die Sozialdemokratie, Parteien, mit denen sie schon befreundet waren! das Zentrum in Stuhm wirkte hervorragend Kaplan Schindel, Christburg, mit seinen vielen Zentrumsorganisationen und Vertrauensleuten im Kreise Stuhm, auch in ganz polnischen Orten. Propst Pingel, Marienburg, der politische Führer der Katholiken im Abstimmungsgebiet, hat ihn, wie andere, durch glänzende deutsche Reden unterstützt. Eine weitere Hilfe auf diesem Gebiet waren die Darstellungen der Calderongesellschaft, durch die wieder den polnischen Katholiken gezeigt wurde, wie Katholizismus, Kunst und deutsches Wesen zusammengehen konnten. Die Sozialdemokraten hatten es nicht so leicht wie das Zentrum, weil sie vor dem Kriege in diesem Gebiet nicht so organisiert waren. Unter der Führung von Gehl und Löwel leisteten auch sie Hervorragendes.

Die anderen Parteien, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei hatten die Aufgabe, die rein deutsche Bevölkerung in diesen Zeiten der wirtschaftlichen Not und Verzweiflung bei guter Stimmung zu erhalten. Eine Unterstützung wieder fanden sie in der Wirtschaftsabteilung, die bei der Zentralstelle von Langrock geleitet wurde. Mit den Arbeitsgemeinschaften der politischen Parteien sorgte er dafür, daß die wirtschaftlichen Schwie-

rigkeiten wenigstens etwas gemindert wurden.

Da die Polen im Gebiet verhältnismäßig schwach waren, hatten sie natürlich nicht eine so gute Organisation wie wir. Ihre Agitatoren aber arbeiteten in der schlimmsten Weise, um die deutsche Bevölkerung zu verwirren und die polnische für Polen zu gewinnen. Zeitungen in deutscher und polnischer Sprache, Bücher, Flugblätter und Broschüren wurden in großen Mengen in das Abstimmungsgebiet geworfen. Die in Graudenz gedruckte Zeitung, der "Weckruf", leistete auf diesem Gebiete Besonderes. In Versammlungen, Theatervereinen, Kleinkinderschulen, Propaganda von Haus zu Haus, ging der Kampf gegen uns weiter. Aber es half ihnen doch nichts. Unsere Organisationen und unsere Kräfte waren besser! Unter dem Schutze der freuden Besatzung haben die polnischen Agitatoren sich austoben können. Keiner durfte sie hindern! Deshalb hat unser Sieg eine besondere Bedeutung.

Im Januar 1920 wurde das ohne Abstimmung uns genommene Westpreußen von den polnischen Truppen besetzt. Der Korridor war geschaffen! Im Februar besetzten fremde Truppen das Abstimmungsgebiet. In erster Linie waren es Italiener. Der Präsident der interalliierten Kommission im Abstimmungsgebiet war der Italiener, Exzellenz P a v i a. Außer ihm saßen ein Engländer, ein Japaner und ein Franzose in der neuen Regierung des Abstimmungsgebietes. Mit fremden Beamten und Offizieren und dem alten preußischen und deutschen Beamtenkörper, der ihnen unterstellt war, verwalteten sie das Gebiet, das der deutschen Hoheit für die Abstimmungszeit entzogen war.

Zwischen dieser fremden Regierung in Marienwerder und der deutschen in Berlin war als Vermittlung der deutsche Bevollmächtigte in Marienwerder eingeschoben. Er sorgte insbesondere für den Schutz der deutschen Bevölkerung. Der erste deutsche Bevollmächtigte wurde von der interalliierten Kommission nicht anerkannt. Der zweite war Landrat Kutter. Er ging wegen eines Fehlers beim Kapp-Putsch. Ihm folgte für die letzten zehn Wochen vor der Abstimmung Graf Baudissin.

Das Abstimmungsgebiet wurde nach der Besetzung vom übrigen Ostpreußen und vom Reiche abgesperrt. Leider läßt die Zeit es nicht zu, von all den Dingen zu sprechen, die durch die Absperrung vom übrigen Deutschland, den Einzug der fremden Truppen, die Umänderung der Polizei in eine polnisch-deutsche, die Kontrolle des alten Beamtenapparates durch Polen und Beauftragte der Kommission, die Kontrolle von Post und Eisenbahn, das Paßwesen, entstanden.

Zur Freude der ganzen Bevölkerung, die selbstverständlich in dieser Zeit der allgemeinen deutschen Not noch unter einem besonderen Druck stand, wurde der Abstimmungstermin von der interalliierten Kommission auf den 11. Juli 1920 festgesetzt. Immer

mehr verstärkte sich jetzt der Kampf. Durch die mündliche und schriftliche Propaganda, die rein technische Vorbereitung der Abstimmung, die Aufstellung und Kontrolle der Abstimmungslisten in den einzelnen Gemeinden, Sorge für die Unterbringung von über 20 000 Abstimmungsberechtigten, die aus dem übrigen Teile des Deutschen Reiches und auch dem Ausland kamen, wurde die Arbeit der Abstimmungsorganisationen in unerhörter Weise gesteigert. Reichstagswahlen, mögen sie auch noch so erbittert geführt werden, müßten in ihrer Stärke mindestens verzehnfacht werden, um die Intensität zu erreichen, die diese Vorbereitung hatte. Abstimmungsleitung, Presse und Bevölkerung arbeiteten in glänzender Weise zusammen. So mußten wir auf unsern Sieg hoffen, aber es war leider auch bei einem Teil der Bevölkerung immer das Unterbewußtsein: Was hat das alles für einen Zweck? Das Gebiet wird doch polnisch, auch wenn wir noch so glänzend siegen. Und doch rafften sich alle immer wieder auf, um das Letzte für die deutsche Sache herauszuholen.

Dreieinhalb Wochen vor der Abstimmung, in der Nacht vom 16. zum 17. Juni, wurde ich, auf der Reise zu einer Besprechung nach Berlin, in Neustadt im Korridor gegen alles Völkerrecht von polnischen Soldaten aus dem D-Zugschlafwagen herausgeholt und in drei Wochen durch die Kassubei über Graudenz—Warschau, durch ganz Polen bis nach Lemberg in Galizien verschleppt. Ende Juni kam Dr. Fleischer nach Marienwerder, um für die letzten Tage selbst die Leitung im Abstimmungsgebiet zu übernehmen. Erst fünf Tage vor der Abstimmung brachten mich die Polen nach starkem Druck der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes, der Berliner Regierung und auch der verschiedenen Regierungen der Besatzungsmächte und des Botschafterrates nach Marienwerder zurück.

Der Erfolg vom 11. Juli 1920 ist bekannt. Rund 105 000 Stimmen wurden abgegeben. Nur 7747 Stimmen, also 7,58 Prozent, stimmten für Polen. Selbst im Kreise Stuhm hatten nur 19,07 Prozent für Polen gestimmt. Ueber die Hälfte der Polen hatte sich dort für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen. Größer konnte unser Erfolg kaum sein. Die Rückwirkung auf die deutsche Bevölkerung im Abstimmungsgebiet, in der Nacht nach dem Abstimmungstage, kann sich jeder ohne Schwierigkeiten selbst ausmalen. Aber auch das ganze Reich und das ganze Deutschtum wurde aufgerüttelt von dem herrlichen Erfolg, der begleitet war von einem noch größeren im ostpreußischen Abstimmungsgebiet Masuren unter Worgitzki, Marks und von Gayl.

Trotz des großen Erfolges gab der Botschafterrat den Polen fünf Ortschaften in der Nordwestecke des Kreises Marienwerder, den Hafen von Kurzebrak, einen Brückenkopf an der jetzt abgebrochenen Brücke nach Münsterwalde und den Bahnhof Garnsee. Man nahm Ostpreußen den ungehinderten Zugang zur Weichsel. Durch die Teilung des Weichseldammes in der Marienwerder Niederung brachte man diese in große Gefahr der Ueberschwemmung durch die Weichsel. Jeder kann sich denken, was wir verloren hätten, wenn der deutsche Erfolg nicht so glänzend gewesen wäre.

Durch die Aufopferung der Bevölkerung, besonders durch den Teil der Abstimmungsberechtigten, der aus der Fremde kam, haben wir diesen Erfolg für das Deutschtum erreicht. Mit den Waffen der Demokratie hatten wir am 11. Juli 1920 in West- und Ostpreußen auf friedliche Weise unsere Gegner geschlagen.

BEMERKUNGEN

Die wichtigsten Akten über die Abstimmungsgeschichte in Westpreußen befinden sich in der Hand von Dr. Paul Fleischer-Berlin (früherer Abgeordneter der Nationalversammlung in Weimar und des Reichstages).

Zum ersten Jahrestage der Abstimmung im Jahre 1921 erschien: Dr. Albrecht von Holtum: Die Abstimmung in Westpreußen am 11. Juli 1920. Erinnerungen von A. v. H. Zwanzig Tage von den Polen verhaftet. Volkswirtschaftliches und Geschichtliches. 64 Seiten

Diese Broschüre ist im Buchhandel vergriffen. Gegen Voreinsendung von 1,30 RM. sind noch wenige Exemplare beim Verfasser, Königsberg, Gerhardtstraße 10, zu erhalten.

Dr. Riegler, Hauptmann a. D., Berlin NW. 21, Waldensenstraße 7, im Jahre 1920, in Berlin neben Dr. Paul Fleischer der maßgebende Mann für die westpreußische Abstimmung, schrieb eine Geschichte der westpreußischen Abstimmung, die beim Reichsarchiv in Potsdam liegt.

Gerhard Lawin, Pfarrer, schrieb die Broschüre: Die Volksabstimmung in Westpreußen. Königsberg 1926.

Pfarrer Lawin war nicht an zentraler Stelle bei der Abstimmung tätig. Infolgedessen kann er die Dinge nicht so beurteilen, wie für den Geschichtsschreiber erforderlich. Pfarrer Lawin hat auch keinen Einblick in die wichtigsten Akten der Abstimmungsgeschichte (bei Dr. P. Fleischer u. a.) gehabt. Ein kleiner Teil dieser Broschüre ist auf Grund amtlichen Materials geschrieben. Für die Abstimmung bedeutete aber nicht das amtliche Material die Hauptsache, sondern gerade das nichtamtliche. Die deutsche Vorbereitung der Abstimmung in Westpreußen wurde nicht amtlich, von Beamten, sondern von Privatangestellten geführt. Die Bemerkung: "Auf Grund amtlichen Materials" auf dem Titelblatt der Broschüre von Pfarrer Lawin ist irreführend.

Irreführende Darstellungen der Abstimmungsgeschichte an anderer Stelle, in sogenanntenwissenschaftlichen Werken, will ich hier nicht weiter berühren. Der Geschichtsforscher, der die Abstimmung auf Grund des wirklichen Aktenmaterials studiert, wird zu einer Darstellung kommen, die sich mit der, die ich gab, im großen und ganzen decken wird.

Es ist selbstverständlich nicht möglich, hier nur einen kleinen Teil des Materials, das in Zeitungen und Zeitschriften gedruckt wurde, auch nur quellenmäßig anzugeben. In der Broschüre: Holtum von M. E. v. Holtum, Urkunden zur Geschichte rheinischer Gutsbesitzerfamilien aus der Umgebung von Mündelheim usw. bei E. A. Starke-Görlitz, sind auf Seite 23 ff. ganz wenige Quellen angegeben, die Historiker vielleicht interessieren.